

Übersichten

September 2003

Außenpolitik

1 Bundespräsident Rau auf Staatsbesuch in China

Vom 10. bis 17. September besuchte Bundespräsident Johannes Rau auf Einladung des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao die Volksrepublik China.

Nach dem eher touristischen Auftakt in der alten Kaiserstadt Xi'an traf Rau am 11. September in Beijing ein, wo er von Hu mit höchsten militärischen Ehren auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens empfangen wurde. Rau ist nach Carstens und Herzog das dritte deutsche Staatsoberhaupt, das China besucht.

Bei dem einstündigen Auftaktgespräch zwischen Hu und Rau in der Großen Halle des Volkes standen überwiegend Wirtschaftsthemen im Vordergrund. Hu betonte, dass sich das deutsch-chinesische Verhältnis seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vor mittlerweile über 30 Jahren durch einen regen Besuchsaustausch auf höchster Ebene gefestigt und ein solides Vertrauensfundament geschaffen worden sei. Die auch wei-

terhin auszubauende enge wirtschaftliche und technologische Kooperation beider Staaten zeige sich nicht zuletzt in der Steigerung des bilateralen Handelsvolumens um das Hundertfache zwischen 1972 und 2002. Hu ermutigte ausdrücklich auch die zahlreich in Raus Delegation mitgereisten mittelständischen Unternehmer, sich bei der Vertiefung der deutsch-chinesischen Wirtschaftszusammenarbeit zu engagieren und sich beispielsweise bei Ausschreibungen für Projekte zur Vorbereitung der Olympiade 2008 in Beijing oder der Expo-Weltausstellung 2012 in Shanghai zu bewerben.

Auf dem politischen Sektor stellte Hu den Gleichklang der Zielsetzungen Chinas und Deutschlands heraus. Im Zuge der fortschreitenden Multipolarisierung der internationalen Gemeinschaft tritt China für eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen ein und hofft in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Union, in deren Reihen Deutschland einen wichtigen Platz einnimmt, eine zunehmend stärkere konstruktive Rolle auf der Weltbühne spielen möge. Auch die Stellung der Vereinten Nationen müsse zur Beibehaltung des Weltfriedens und der Förderung des globalen Wirtschaftswachstums stärker in den Vordergrund rücken.

Ein ähnliches Themenspektrum boten die Gespräche mit dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Wu Bangguo, sowie mit Ministerpräsident Wen Jiabao am folgenden Tag.

Ein weiteres inhaltliches Schwergewicht lag bei Raus Besuch auf dem Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland. Anlässlich einer Rede an der Qinghai-Universität verwies Rau auf die derzeit 14.000 an deutschen Hochschulen eingeschriebenen chinesischen Studenten, von denen die Hälfte ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium absolviere und die mit dieser Zahl die drittgrößte Gruppe ausländischer Studierender stellten. Deutschland fördere nicht nur den wissenschaftlichen Austausch, sondern arbeite ebenfalls verstärkt daran, diesen gut ausgebildeten Jungakademikern berufliche Perspektiven auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verschaffen, wovon China

wiederum nachhaltig profitieren könne. Die stellvertretende Bildungsministerin Wu Qidi warf an dieser Stelle ein, dass von den 580.000 chinesischen Studenten, die in den vergangenen 25 Jahren im Ausland studiert hätten, 150.000 zurückgekehrt seien und hieß ihrerseits ausländische Studierende an chinesischen Universitäten und Forschungseinrichtungen willkommen.

Gespannt wurde die Umsetzung von Raus Ankündigung erwartet, er wolle deutliche Worte über Menschenrechte und Meinungsfreiheit sprechen. Nachdem er bereits Fragen zur Religionsfreiheit in seinem Gespräch mit Hu Jintao aufgeworfen hatte, bezog er vor knapp 1.000 Studenten im Audimax der Universität Nanjing, die ihm die Ehrendoktorwürde verliehen hatte, zu der Gesamtheit des Themenkomplexes Stellung. Sich auf Konfuzius' Antwort auf die Frage nach einer „guten Regierung“ beziehend, mahnte Rau, dass ohne das Vertrauen des Volkes kein Staat bestehen könne. Es dürfe keine Kompromisse und kein Relativieren geben, wenn es um die fundamentalen Rechte der Person gehe, um Leben und Freiheit, um Schutz vor Folter, vor willkürlichem Freiheitsentzug und vor Diskriminierung. Diese, in der chinesischen Verfassung nur abstrakt formulierten Freiheitsrechte seien durch Gesetze und Verordnungen zu konkretisieren, damit „Sicherheit für die Menschen“ erwachse und das Vertrauen in den Staat gestärkt werde. Nach deutscher Ansicht seien die Themen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrecht „unmittelbar miteinander verbunden“, sodass – bei allem Verständnis für unterschiedliche Traditionen – die Menschenrechte universelle Bedeutung hätten, weltweit gelten müssten und die Forderung danach somit auch keine bloße Einnischung in innere Angelegenheiten eines Staates darstelle. Das Eintreten für die Menschenrechte und der Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen gehörten seiner Meinung nach zusammen. Rau wolle die chinesische Führung darin bestärken, „den Menschen über das Feld der Wirtschaft hinaus persönliche Entfaltung im Alltag zu garantieren“, und schloss mit den Worten, China befinde sich bereits „auf dem Weg zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“.

Eine Reaktion von chinesischer Seite auf Raus Rede blieb bislang aus. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua, die bis dahin Raus Begegnungen und Gesprächsthemen minutiös in ihren Bulletins verfolgt hatte, berichtete abschließend lediglich noch von seiner Fahrt mit der Magnetschwebbahn in Shanghai und seiner Weiterreise nach Hongkong, wo Rau nach Treffen mit Regierungschef Tung Chee-hwa, dem Präsidenten und Vertretern der Hongkonger Legislativversammlung sowie des Obersten Gerichtshofs und lokalen Wirtschaftsvertretern seine Staatsvisite in China beendete. (XNA, 5.9., 9.9., 10.9.03; Xinhua, 11.9.03, nach BBC PF, 11.9.03; Xinhua, 12.9.03, nach BBC PF, 12.9.03; XNA, 12.9.03; FAZ, 12.9., 13.9.03; HB, 15.9.03; FAZ, 15.9.03; XNA, 15.9., 17.9.03) -fr-

2 Sondierung des Terrains für die zweite Runde der Sechsländer-Gespräche

Nach dem de facto ergebnislosen Abschluss der Sechsländer-Gespräche vom 27. bis 29. August in Beijing zur Lösung des Nuklearkonflikts zwischen Nordkorea und den USA bleibt die Volksrepublik China weiterhin bemüht, ihre Rolle als Gastgeberin und Vermittlerin beizubehalten. Angesichts der komplizierten Materie und der gravierenden Unterschiede in den Standpunkten der Parteien sei aber nicht davon auszugehen, dass die Lösung aller Probleme in lediglich ein oder zwei weiteren Verhandlungsrunden herbeizuführen sei, beschrieb der Außenminister Li Zhaoxing die Einschätzung der chinesischen Führung in einem Interview für die US-amerikanische Zeitung *Qiao Bao* am 27. September am Rande seiner Teilnahme an der 58. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York. Nichtsdestotrotz glaube er weiterhin fest an die Möglichkeit, die Behandlung der Nuklearkrise auf der Gesprächsebene fortzusetzen.

Diese Haltung des chinesischen Außenministers wird von großem Optimismus getragen, denn das nordkoreanische Außenministerium ließ gleich am 30. August durch die Nachrichtenagentur KLNA verlautbaren, dass Pyongyang auf den Abschluss eines formellen Nichtangriffspakts mit den

USA bestehe. Komme dieser nicht zustande, habe man keine andere Wahl, als die nukleare Abschreckung kontinuierlich auszubauen. Sie diene der Selbstverteidigung und dem Schutz der eigenen staatlichen Souveränität. Die USA seien nicht wirklich an einer Verbesserung der Beziehungen oder an einer friedlichen Koexistenz der beiden Staaten interessiert. An einer Fortsetzung der Sechsländer-Gespräche bestehe somit von Pyongyang aus kein Interesse.

Westliche Diplomaten in Beijing halten diese schroffe Absage allerdings eher für ein taktisches Manöver Kim Jong-ils und gehen davon aus, dass es zu weiteren Verhandlungsrunden kommen werde. Auch der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Kong Quan, erklärte bereits am 4. September auf einer Pressekonferenz, die nordkoreanische Führung würdige die immense Arbeit, die China zur Durchführung des Sechsländer-Gesprächs bewältigt habe. Im Übrigen habe die Demokratische Volksrepublik Korea selbst die Idee zu Verhandlungen aufgebracht und hätte klargestellt, dass es nicht ihr Ziel als solches sei, Atomwaffen zu besitzen, sondern vielmehr den Zustand einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel verwirklicht zu sehen. Dem schließe sich China an.

Die chinesische Führung versucht derweil, durch verstärkte Reisediplomatie und Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten, Nordkorea zur Aufgabe der neuerlichen Selbstisolierung zu bewegen, die Verhandlungsparteien wieder an einen Tisch zu bringen und eine Internationalisierung der Nuklearkrise mit allen Mitteln zu verhindern.

So stand während eines Gesprächs zwischen Außenminister Li Zhaoxing und seinem russischen Kollegen Ivanov am Rande eines SCO-Außenministertreffens in Taschkent am 5. September auch der Nuklearkonflikt um Nordkorea auf der Agenda. Russland sehe seinen Beitrag zur Lösung in der fortgesetzten Teilnahme an den Gesprächsrunden und dabei in enger Abstimmung mit China. Dies bekräftigte auch der russische Vize-Außenminister Losyukov gegenüber Interfax. Man sei mit den Initiativen Chinas auf internationaler Ebene sehr zufrieden und werde die enge Abstimmung der

diplomatischen Schritte zur Wahrung gemeinsamer Interessen im Rahmen regionaler Angelegenheiten beibehalten. Auch hinsichtlich der Blockade einer möglichen UN-Resolution gegen Nordkorea seien sich China und Russland einig.

Auch von Japan erhielt China Lob und Anerkennung für die Ausrichtung der Sechsländer-Gespräche. Bei seinem Gespräch in Tokyo am 5. September mit dem japanischen Premierminister Koizumi zeigte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Wu Bangguo, zwar Verständnis für die Absicht Japans, auch die Freilassung seiner durch den nordkoreanischen Geheimdienst während der siebziger und achtziger Jahre nach Korea entführten Staatsbürger diskutieren zu wollen, wies aber dieses Anliegen erneut zurück, da „die wichtigste Aufgabe, die es während der knappen Verhandlungszeit zu lösen gilt, die Nuklearkrise“ sei.

Bereits am 2. September reiste der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Wu Bangguo, nach Südkorea, wo er den Parlamentssprecher Park Kwan-yong sowie Staatspräsident Roh Moo-hyun traf. Begleitet wurde Wu von Chinas Spitzenvertreter beim Sechsländer-Gespräch, Vize-Außenminister Wang Yi. Während Roh das Eintreten Chinas für die Sechsländer-Gespräche würdigte, den Verhandlungsablauf als solchen bereits als ein positives Ergebnis betrachtet und eine Fortsetzung der hart erarbeiteten Verhandlungen forderte, erwartete Park sogar eine noch stärkere Position Chinas als Vermittler. Wang hingegen forderte die südkoreanische Führung auf, entsprechend ihrer Situation als direkt vom Nuklearkonflikt betroffenen Verhandlungspartei eine konstruktivere Rolle bei den zukünftigen Gesprächsrunden zu übernehmen.

Zum konkreten Meinungs austausch mit seinem chinesischen Kollegen Li Zhaoxing sowie Wang Yi über die jeweiligen Verhandlungspositionen ihrer Regierungen reiste der südkoreanische Außenminister Ra Jong-yil am 9. September nach Beijing. Einig wurde man sich über eine Fortsetzung der Sechsländer-Gespräche im November in Beijing; ein genauerer Termin wurde noch nicht festgelegt.

CHINA aktuell

Auf einem Empfang des chinesischen Botschafters, Li Bin, stellte Wu während seines Südkorea-Aufenthalts fest, dass aus Sicht Chinas Nord- und Südkorea die Hauptprotagonisten in Angelegenheiten der koreanischen Halbinsel seien, somit die letztendliche Lösung des Nuklearkonfliktes von ihnen abhängen. China setze sich für Frieden und Stabilität sowie für eine nuklearwaffenfreie koreanische Halbinsel ein und wolle beide Staaten bei der Verbesserung ihres Verhältnisses, der Vertrauensbildung und der Umsetzung einer friedlichen Wiedervereinigung durch Verhandlungen unterstützen. Nur durch Gespräche ließe sich eine gegenseitige Verständigung erzielen, wobei man sich allerdings auch den berechtigten Anliegen Nordkoreas zuwenden müsse.

Gegenüber Nordkorea ergingen neben gegenseitigen Visiten niederrangiger Funktionäre auf Partei- und Provinzebene von Seiten der chinesischen Führung Glückwünsche an Kim Jong-il zu seiner Wiederwahl als Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission und zum 55. Jahrestag der Gründung der DVRK am 9. September. Die über die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap verbreitete Ankündigung, Wu Bangguo wolle die DVR Korea besuchen, wurde allerdings von der japanischen Zeitung *Sankei Shimbun* am 26. des Monats widerrufen.

Verwirrung herrschte über Meldungen in den Hongkonger Zeitungen *Sing Tao* und *Sunday Morning Post*, China verlege 150.000 Soldaten an seine Grenze zu Nordkorea. Das Verteidigungsministerium in Beijing ließ hierzu verlautbaren, dass es sich dabei lediglich um eine Umorganisation der Grenztruppen handle, bei der die bisher an dieser Grenze stationierten Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei gegen reguläre VBA-Soldaten ausgetauscht würden. Mit dieser Maßnahme, die bereits seit zwei Jahren geplant sei, wolle man die Einrichtung der Grenztruppen landesweit vereinheitlichen; auch an den Außengrenzen Tibets und Xinjiangs seien VBA-Truppen stationiert. Die Zahl von 150.000 Soldaten sei dem Ministerium nicht bekannt, hieß es.

Äußerst ablehnend steht Beijing der Ende Mai von den USA und elf weite-

ren Staaten (u.a. auch Japan, Australien, Großbritannien, Frankreich und Deutschland) gegründeten „Proliferation Security Initiative“ gegenüber. Dieser Verbund macht es sich zur Aufgabe, Transportflugzeuge und Handelsschiffe, mit denen technische Anlagen zum Bau von Nuklearwaffen befördert werden könnten, aufzubringen und zu beschlagnahmen, um so die Weiterverbreitung dieser Waffen einzudämmen. Während Pyongyang diese Maßnahmen als möglichen Auftakt zu weiteren Sanktionen oder Blockaden gegen Nordkorea begreift, spricht China ihnen Legitimität und Wirksamkeit ab und sieht sich mit dieser Haltung nicht allein. Die USA hingegen versuchen, sowohl China als auch Russland und Südkorea zur Teilnahme an dieser Initiative zu bewegen, da sie ihre Zielsetzung nicht als kontraproduktiv zu einer Fortsetzung der Sechs-Länder-Gespräche betrachten. (KCNA news agency, 30.8.03, nach NZZ, 1.9.03; IHT, 2.9.03; FAZ, 2.9.03; Yonhap news agency, 2.9.03, nach BBC PF, 2.9.03; Yonhap news agency, 3.9.03, nach BBC PF, 3.9.03; XNA, 3.9.03; Xinhua, 3.9.03, nach BBC PF, 3.9.03; Yonhap news agency, 4.9.03, nach BBC PF, 4.9.03; XNA, 4.9.03; Interfax news agency, 5.9.03, nach BBC PF, 5.9.03; Kyodo News Service, 5.9.03, nach BBC PF, 5.9.03; FT, 5.9.03; ST, 6.9.03; Yonhap news agency, 9.9.03, nach BBC PF, 9.9.03; SCMP, 9.9.03; FT, 10.9.03; Interfax news agency, 11.9.03, nach BBC PF, 11.9.03; KCNA news agency, 12.9.03, nach BBC PF, 12.9.03; *Sunday Morning Post*, 14.9.03; IHT, 15.9.03; SCMP, 16.9.03; Central Broadcasting Station, Pyongyang, 20.9.03, nach BBC PF, 20.9.03; *Qiao Bao*, 27.9.03, nach BBC PF, 28.9.03) -fr-

3 Chinas Haltung zur Situation im Irak

Beijing hält es für dringend geboten, im UN-Sicherheitsrat eine neue Irak-Resolution zu verabschieden, verkündete Außenamtssprecher Kong Quan am 5. September gegenüber der internationalen Presse. Man prüfe bereits einen Entwurf der USA hierzu, der multinationale Kräfte zur Sicherung der Stabilität im Irak und internationale Aufbauhilfe vorsieht, und hoffe,

sich durch einen eingehenden Gedankenaustausch auf breiter Basis einigen zu können.

Chinas Überzeugung sei es, dass die vornehmlichsten Ziele, nämlich die Stabilisierung der Sicherheitslage, die Einsetzung einer neuen irakischen Regierung und der Wiederaufbau des Landes nur gebündelte Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft als Ganzes erreicht werden könnten. Treibende und koordinierende Kraft müsse die UNO sein, so Außenminister Li Zhaoxing am Rande eines Treffens der Außenminister aller fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats am 12./13. September in Genf. Neben separaten Treffen mit UN-Generalsekretär Annan sowie seinen Amtskollegen sprach Li auch mit Adnan Pachachi, dem Geschäftsträger des irakischen „Interim Administrative Committee“. Li versicherte ihm Chinas volle Unterstützung hinsichtlich der Forderung nach einer „irakischen Regierung für den Irak“ zu.

In vollem Einverständnis mit seiner Haltung in diesen Fragen weiß sich China mit Russland und Indien. Auf einem trilateralen Treffen der Außenminister der drei Staaten am Rande der UN-Vollversammlung in New York am 24. September wurde eine komplette Übereinstimmung in der Irak-Frage festgestellt, wobei betont wurde, dass sich die Zusammenarbeit der Troika in keinsten Weise gegen andere Staaten richte. Dem Resolutionsentwurf der USA könne man sich gemeinsam annähern. Um den Irak wieder aufzubauen und zu Frieden und Stabilität im gesamten Nahen Osten und der Golf-Region beizutragen, benötige man im Irak nicht mehr Militär, sondern politische Lösungen. (XNA, 5.9.03; Xinhua, 12.9.03, nach BBC PF, 12.9.03; Xinhua, 13.9.03, nach BBC PF, 13.9.03; Interfax news agency, 25.9.03, nach BBC PF, 25.9.03; Doordarshan television, New Delhi, 25.9.03, nach BBC PF, 25.9.03) -fr-